



Nr. 759. Abend-Ausgabe.

Siebenundsechzigster Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Freitag, den 29. October 1886.

Finanzfragen.

Berlin, 28. October.

Bei den Bemühungen, eine Mittelpartei zu gründen, oder wenigstens ein Wahlcompromiß herbeizuführen, das ebenso wirkt wie die Gründung einer Mittelpartei, kommt es vor allen Dingen darauf an, der Regierung neue Steuern zur Verfügung zu stellen, und sich über die Mittel zu verständigen, wie dieselben aufgebracht werden können. Eine Vorlage, die mit allen gegen drei Stimmen abgelehnt wird, wie die erste Branntweinsteuer des vergangenen Jahres oder eine solche, die einstimmig abgelehnt wird, scheint die Regierung nicht wieder einbringen zu wollen.

Nun steht die Sache so: die Nationalliberalen sind in Beziehung auf neue Steuern sehr freigiebig. Wenn die Regierung für irgend eines ihrer Steuerprojekte Aussicht hat, findet sie sie gewiß bei den Nationalliberalen. Die Conservativen sind gleichfalls freigiebig, aber mit einem Vorbehalt. Sie wollen die neue Steuer nicht tragen, sondern andere sollen sie tragen. Die Getreidezölle haben sie bewilligt, denn diese hatten sie nicht zu tragen, sondern sie kamen ihnen zu Gute. Die Börsensteuer haben sie bewilligt, aber mit dem Vorbehalt, daß die Guisbesitzer, welche börsengängige Produkte verkaufen, zu derselben nichts beitragen. Die Capitalrentensteuer hätten sie gerne bewilligt, aber mit dem Wunsche, daß der Landrat an der Spitze der Einschätzungs-Commission bleibt.

Es kann nicht oft genug wiederholt werden, weil es immer von Neuem gelegnet wird: der Plan, aus dem Branntwein höhere Einnahmen zu ziehen, ist nicht daran gescheitert, daß irgend eine Partei sich geweigert hätte, den Schnaps höher zu beladen, sondern er ist daran gescheitert, daß die Conservativen verlangten, aus dem Ertrage der neuen Steuern sollte vor allen Dingen den Brennern ein Preis bewilligt werden, der höher ist als derjenige, welchen sie bei freiem Wettbewerb auf dem Weltmarkt erzielen. Hätten sie daran nicht unerbittlich festgehalten, so hätten sie sich mit dem Centrum und den Nationalliberalen auf den Antrag Mosler geeinigt, welcher der Regierung wenigstens 70 Millionen Mark zur Verfügung stellte.

Die Conservativen werden in Behauptung dieses Standpunktes consequent sein, denn sie lieben es nicht, bei Wahlcompromissen materiellen Schaden zu erleiden. Aber werden die Nationalliberalen bei Ablehnung dieses Standpunktes consequent sein? Ich glaube Nein. Ein Nationalliberaler kann zu einer Regierungsvorlage zweimal, sogar dreimal Nein sagen, wenn sie aber zum vierten Male wieder kommt, muß er sie annehmen, denn sonst würde er ja derjenigen Partei verfallen, welche grundsätzlich negirt. Sehr lehrreich ist das Beispiel der Börsensteuer; als sie im Jahre 1883 vorgeschlagen wurde, hat Herr Dechelhäuser, der in diesem Punkte durchaus sachverständig ist, sie mit Geschick und Eifer bekämpft. Als sie im Jahre 1885 wieder auf das Tafel kam, ging Herr Dechelhäuser nicht mehr in die Commission, verließ bei der Plenarabstimmung den Sitzungssaal, aber seine Partei stimmte geschlossen für die neue Steuer und brachte sogar unter dem Namen des Herrn Arnsperger einen eigenen Entwurf ein, welcher wesentliche Ähnlichkeiten hatte mit dem, welchen kurze Zeit vorher Herr Dechelhäuser so nachdrücklich bekämpft hatte. Um die Branntweinsteuer und das Brennerprivilegium handelt es sich bei dem mittelpartilichen Compromiß in erster Linie.

Politische Uebersicht.

Breslau, 29. October.

Der Gesetzentwurf, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute, welcher demnächst den Bundesrat und den Reichstag beschäftigen

soll, umfaßt in 10 Abschnitten 126 Paragraphen. Nachstehende Skizze wird genügen, ein Bild der weitläufigen Vorlage zu geben. Der Gesetzentwurf schließt sich der ganzen Anordnung nach an das Unfallversicherungsgesetz von 1884 an. Abschnitt I (Allgemeine Bestimmungen) bestimmt, daß Personen (auch Ausländer), welche auf deutschen Seefahrzeugen von mehr als 30 Kubikmeter Bruttoraumgehalt als Seeleute (Schiffer) oder im Lootsen- oder Rettungsdienst gegen Gehalt oder Lohn beschäftigt sind, gegen die Folgen der bei dem Betriebe sich ereignenden Unfälle zu versichern sind. Als Seefahrt gilt auch die Fahrt auf Buchten, Haffern und Watten der See und andern mit der See in Verbindung stehenden Gewässern. Als Seeleute werden auch Maschinisten, Aufwärter oder sonstige Schiffsbetriebsteile angegeben. Unter das Gesetz fällt demnach die große Seefischerei. Der Bundesrat kann die Versicherungspflicht auch auf Fischer, Fahrzeuge und Boote von weniger als 30 Kub. Brutto-Raumgehalt ausdehnen. Als Schranke der Versicherungspflicht ist, wie im Gesetz von 1884, ein 2000 Mark übersteigendes Gehalt angenommen. Durch das Genossenschaftsstatut aber kann die Versicherung ebenso auf diese Personen wie auf die Rheder oder selbstständigen Lootsen ausgedehnt werden. Der Berechnung der Entschädigung wird der zehnmonatliche Betrag der Durchschnittssumme (der Monat zu 30 Tagen gerechnet), einschließlich des für örtliche Bezirke festzuhaltenden Geldwertes der auf Schiffen gewährten Beköstigung und der neben der Heuer gewährten Nebeneinnahmen zu Grunde gelegt. Entschädigung wird gewährt für Körperverletzung oder Tötung. Im ersten Falle besteht der Schadenersatz in den Kosten des Heilverfahrens, welche nach Beendigung der gesetzlichen Fürsorgepflicht des Rheders, oder, soweit eine solche nicht besteht, vom Beginn der 14. Woche nach Eintritt des Unfalls entstehen; ferner in einer dem Verleihen von der 14. Woche ab für die Dauer der Erwerbsunfähigkeit zu gewährenden Rente. Dieselbe beträgt im Falle volliger Erwerbsunfähigkeit $\frac{1}{2}$ des Jahresverdienstes, wobei der 1200 M. übersteigende Betrag desselben nur mit einem Drittel zur Anrechnung kommt; im Falle teilweise Erwerbsunfähigkeit in einem Theile der Rente nach Maßgabe der Erwerbsunfähigkeit. An die Stelle dieser Leistungen kann, wie im Arbeiterunfallgesetz und unter den dort stipulierten Bedingungen, freie Kur und Verpflegung in einem Krankenhaus oder mit Zustimmung des Verleihen, an Bord des Fahrzeugs gewährt werden. Während dieser Zeit steht den Angehörigen des Verleihen ein Anspruch in soweit zu, als sie einen solchen im Falle des Todes desselben erheben könnten. Hat der Verleihen den Unfall vorzüglich herbeigeführt, so fällt jeder Entschädigungsanspruch weg. Steht Versicherten ein gesetzlicher Anspruch in Krankheitsfällen weder gegen Rheder noch gegen Krankenkassen zu, so hat der Rheder bez. Arbeitgeber auch während der ersten 13 Wochen aus eigenen Mitteln nach Maßgabe der Seemannsordnung bez. des Unfallgesetzes von 1884 Fürsorge zu gewähren. Diese Verpflichtung kann durch Statut auf die Berufsgenossenschaft übertragen werden. Streitigkeiten werden durch die Aufführungsbörse bez. das Seemannsamt, in 2. Instanz durch das Reichsversicherungsamt entschieden. Im Falle der Tötung ist außerdem an Schadenersatz zu leisten: 1) als Ersatz für Beerdigungskosten für Seeleute $\frac{1}{2}$ des Jahresverdienstes, für andere Versicherte $\frac{1}{15}$ desselben, aber mindestens 30 Mark, vorausgesetzt, daß der Rheder nicht nach den Bestimmungen der Seemannsordnung oder des Handelsgesetzbuches die Beerdigungskosten trägt und daß die Beerdigung zu Lande erfolgt; 2) als Rente für die Witwe 20 p.C., für jedes Kind bis zum 15. Lebensjahr 15 p.C. und, wenn das Kind mutterlos 20 p.C. des Jahresverdienstes. Der Gesamtbetrag der Renten darf 60 p.C. nicht übersteigen. Im Falle der Wiederverheirathung erhält die Witwe den dreifachen Betrag ihrer Rente als Abfindung. War der Verstorbenen der einzige Ernährer der Eltern oder Großeltern, so erhalten diese bis zum Wegfall der Bedürftigkeit 20 p.C. des Jahresverdienstes, falls nicht schon

die Hinterbliebenen den Höchstbetrag der Rente in Anspruch nehmen. Die Hinterbliebenen von Ausländern haben einen Anspruch auf Rente nur, wenn sie zur Zeit des Unfalls im Inlande gewohnt haben. Der Tod eines Versicherten gilt als erwiesen, wenn das Fahrzeug, auf dem er sich befand, untergegangen und seit dem Untergange des Schiffes ein Jahr verschlossen ist, ohne daß glaubhafte Nachrichten von dem Leben des Versicherten eingegangen. Wann das Fahrzeug als untergegangen anzusehen ist, richtet sich nach dem Handelsgesetzbuch. Der Anspruch auf Rente beginnt mit dem Tage des Untergangs des Fahrzeugs, oder, wenn dasselbe verschollen, nach Ablauf von 15 Tagen seit dem Einslaufen der letzten Nachricht. Wird das Leben des Versicherten nachgewiesen, so erlischt der Anspruch auf Rente.

Träger der Versicherung sind die zu einer einzigen Berufsgenossenschaft vereinigten Rheder bez. Arbeitgeber. Die Mittel zur Deckung der Entschädigungsbeiträge und Verwaltungskosten werden durch jährliche Umlegung auf die Mitglieder aufgebracht. Zur Besteitung der Verwaltungskosten können im 1. Jahre Beiträge im Voraus erhoben werden und zwar, vorbehaltlich des Statuts, nach dem Bruttoraumgehalt der Fahrzeuge. Abschnitt II. Bildung u. s. w. der Berufsgenossenschaft, Anmeldung der Eigentümer der nicht registrierten Schiffe durch Einsreichung des Meßbriefs an die Ortsbehörde, Anzeige der im Lootsen- und Rettungsdienst beschäftigten Personenzahl. In der constituirenden Genossenschaftsversammlung haben Eigentümer von Fahrzeugen von weniger als 50 Kubikmeter Brutto-R.-Gehalt je eine, diejenigen von Fahrzeugen bis zu 300 Kubikmeter für je 50 Kubikmeter 1 Stimme, von über 300 Kubikmeter für je weitere 100 Kubikmeter je eine Stimme mehr. Die Arbeitgeber von Lootsen und Rettungsbooten führen für je 2 Versicherte 1 Stimme. Die Versammlung wählt den provisorischen Genossenschaftsvorstand durch Stimmenmehrheit. Die Wahl des definitiven Vorstandes erfolgt nach Feststellung des Statuts durch die Versammlung. Die Bildung des Reservefonds erfolgt nach § 18 des Arbeiterunfallgesetzes. Durch das Statut kann die Berufsgenossenschaft in örtlich abgegrenzte Sectionen eingerichtet und können Vertrauensmänner als örtliche Genossenschaftsorgane eingesetzt werden. Das Statut unterliegt der Genehmigung des Reichsversicherungsamts, gegen besseren Entcheidung innerhalb 4 Wochen Berufung an den Bundesrat zulässig ist. Wird die Genehmigung versagt, so muß die Genossenschaft binnen 4 Wochen zu anderweitiger Beschlüffassung über das Statut berufen werden. Nach nochmaliger Versagung der Genehmigung wird das Statut von dem Reichsversicherungs-Amt erlassen. Die Vorschriften über die Veröffentlichung des Namens u. s. w. der Genossenschaft, die Genossenschafts-Vorstände entsprechen den §§ 8, 21—27 des Gesetzes von 1884; ebenso bezüglich der Bildung der Gefahrenklassen dem § 28 des genannten Gesetzes, aber mit der Ergänzung, daß durch das Statut bei besonders gefährlicher Ladung oder Reisen in besonders gefährlichen Gewässern oder Jahreszeiten höhere Beiträge vorgeschrieben werden können. Für jedes Fahrzeug wird die durchschnittliche Zahl der als Besatzung erforderlichen Seeleute abgeschätzt. Abschnitt III regelt die Mitgliedschaft des Betriebes, Genossenschafts-Kataster, Veränderungen und Löschung im Schiffregister. Mitglieder haben sich über die Ausübung des Stimmrechts zu verstehen. Abschnitt IV regelt die Vertretung der Versicherten in den Schiedsgerichten durch zwei Bevölker und durch ein nichtständiges Mitglied des Reichsversicherungs-Amtes. Abschnitt V enthält die Bestimmungen über die Schiedsgerichte. Die Wahl von zwei Bevölkern erfolgt nicht durch die Versicherten selbst, sondern durch die Vorstände der obrigkeitlich genehmigten Seemannsklassen und zur Wahrung anderer Interessen der Seeleute bestimmten obrigkeitlich genehmigten Vereinigungen von Seeleuten, denen mindestens zehn im Bezirk des Schiedsgerichts wohnende Versicherte als

Der Gesetzentwurf, betreffend die Unfallversicherung der Seeleute, welcher demnächst den Bundesrat und den Reichstag beschäftigen

Der Genius und sein Erbe.*)

Eine Künstlergeschichte von Hans Hopfen.

Die Blumen dufteten von den in Dunkel gehüllten Beeten, der Kies unter den Söhnen des Wandelnden kreischte sanft in gleichmäßigen Zwischenräumen, zuweilen schrie ein Vogel im nachbarlichen Thiergarten aus dem Schlaf auf. Nur hie und da polterte eine Drosche vorüber — es klapp in der Nachtstille, als ob man große Säcke mit Kieselsteinen schüttete — und die rohen Lichter ihrer Laternen warfen streifende Strahlen in den Garten rechts und in den Park zur Linken.

Dann hielt Alfred wohl im Gehen inne und sah die rothgelben Strahlen hinter den schwarzen Stäben seines Eisengitters wachsen und verschwinden. Er dachte nicht daran, daß sich vor denselben Strahlen drüben auf der anderen Seite ein Mann in den Schatten der Bäume drückte. Ein Mann, den es auch nicht daheim in seinem Betté litt, der schon geraume Weile sich vor den Fenstern des stillgewordenen Hauses herumtrieb und der doch um keinen Preis in dieser Stunde von dem Hausherrn hier betroffen oder auch nur vermutet werden möchte.

Das war Hugo Knorr, den der selige Rausch junger Liebe nicht schlafen ließ, dem es eine Wohlthat war, noch ein Weilchen die Fenster anzustarren, hinter welchen Ellen vielleicht von künftigem Glücke träumte und der keine Ahnung in sich aufzämmern ließ, was für eine merkwürdige Wirkung das Bild, davon er sich so viel versprach, gerade jetzt auf den unberechenbaren Geist des großen Meisters ausübte.

Er sah diesem nun schon über eine Stunde zu, wie er ruhelos im Garten hin und wider wandelte. Er wußte nicht, war das also des Meisters allabendliche Gewohnheit oder trieben denselben Gedanken um, die sich nicht auf seinem Kopfpolster besänftigen wollten.

Ihn kam die Lust an, über den Straßenrand hinüberzurrennen und den Wandler beim Namen zu rufen. Aber er sagte sich, daß er heut Abend vor lauter Glück unzurechnungsfähig sei, daß er den Alten heute schon genugsam gegen sich aufgebracht habe und daß er nichts wagen dürfe, was diesen noch mehr in Harnisch jagen könnte.

Sie hätten sich durchs Gitter so leicht die Hände reichen können, die zwei Künstler, die in ihren Gedanken just so heftig mit einander beschäftigt waren, daß der eine nichts von der Anwesenheit des anderen merkte und der andere beileibe von derselben nichts merken lassen wollte.

* Nachdruck verboten.

Endlich hatte sich Alfred doch müde gegangen in der Nachtstille. Er trat in seine Werkstatt ein, um das Lämpchen zu holen; ließ noch einmal dessen Strahlen über die Leinwand Hugos gleiten und stieg hauptsächselnd die Stufen zu den Schlafzimmern hinan, sich unwillkürlich den unglaublichen Satz wiederholend: „Es ist ein unerfreuliches Bild!“

Wie lange Hugo Knorr noch unter den Fenstern seiner Angestellteten im bergenden Dunkel gestanden — wer kann das bei einem Verleihen wissen!

Am anderen Abende, da der Schöpfer der stickenden Frau, der aus dem Hause Bunzel keinerlei Nachricht erhalten hatte, ziemlich verstimmt bei seiner einsamen Mahlzeit saß und zwischen dem einen und dem anderen Gang in einer Zeitung blätterte, fiel ihm unter anderen Neuigkeiten aus der Hauptstadt ein kleiner witsam geschriebener Bericht in die Augen, der die hohe, dem berühmten Meister Alfred widerfahrene Ehre seinen Mitbürgern und der übrigen Welt geziemend bekannt gab.

Der Besuch des regierenden Herrn in der Malerwerkstatt war in artiger Kürze dargestellt, die außerordentliche Leutseligkeit und das seine Kunstverständnis desselben besonders hervorgehoben und als nächste Veranlassung zu dieser Heimsuchung die Rückkehr des jüngeren Bunzel angeführt, an dessen Talent und Fortschritten diese königliche Hoheit schon seit langer Zeit die regste Theilnahme bekundete.

Von Hugo's Dazwischenplänen war natürlich keine Rede; dafür aber nach den üblichen Lobeserhebungen, welche mit der Nennung des Bunzel'schen Namens in der Offenlichkeit bereits seit langer Zeit obligat waren, auch noch der Genugthuung Deutschlands Ausdruck gegeben, daß ein würdiger Sohn in den Fußstapfen des großen Vaters wandle und fortan den hohen Ruhm des Erzeugers auf gleichen Gebiete selbstständig weiterfordern werde, ein sich mehreres Erbe dieser gottbegnadeten Familie. Bumm bumm!

Hugo legte mit seltsamen Gefühlen das Blatt bei Seite und verdarb sich den Geschmack an seinem einfachen Mahle mit Nachdenken über die Frage, ob denn der edle Herr von Nettenberg auch in Zeitungen schreibe. Daß derselbe diese Notiz geschrieben habe, hätte ihm bald keiner mehr ausreden können; die Phrasen rothen ihm ordentlich nach der geschäftigen Liebedienerei dieses höflichen Nebenbüchers, und er war noch nicht erfahren genug, um sich mit dem Besserwissen zu trösten, daß vornehme Leute in einfühlsreichen Stellungn all' das, was sie selber nicht machen können, oder nicht machen mögen, eben durch andere Leute besorgen lassen.

Ungefähr acht Tage später, als Hugo noch verlassener und noch

verstimmt an demselben Tisch, bei derselben Verrichtung, mit dem nämlichen Zeitvertreib die Pausen seiner Mahlzeit ausfüllte, fand er in einer anderen Nummer desselben Blattes wieder eine das Haus Bunzel berührende Notiz.

Der bewußte Fürst, der schon so lange das vielversprechende Talent des Sohnes unseres berühmten Mitbürgers seiner Aufmerksamkeit würdigte, gab von seiner hohen Meinung ein sichtbares Zeichen dadurch, daß er diesen jüngeren Bunzel mit dem Titel eines Professors als ordentlichen Lehrer an seine Kunsthalle berief.

Wieder ein paar Tage später und der schon ganz mißmutige Hugo ward von derselben Zeitung belehrt, Bunzel der jüngere sei ein so guter Patriot und eingefleischter Berliner, daß er schwerlich sich dazu verstellen werde, jenem, wenn auch noch so ehrenvollen Rufe Folge zu leisten.

Schon des zweitnächsten Abends ward aber diese Notiz widerriefen und bei allem Respect vor der Reichshauptstadt, die wachsende Bedeutung jener unter dem Schutz eines der musenfreundlichsten Fürsten emporblühenden Kunsthalle in so glänzendes Licht gerückt, daß der immer populärer werdende Bunzel der jüngere schon ganz des Teufels sein müßte, wenn er nach solch einem Professorate nicht mit beiden Händen griffe.

Dem widersprach eine folgende fünfte Notiz, der ihrerseits eine sechste Notiz widerprach, wobei keiner der Beihilfeten schlecht weg kam und das Zeitungspublikum, wenn es anders nicht mit Blindheit und Taubheit geschlagen war, sich immer mehr mit der Thatstache vertraut machen konnte, daß der berühmte Bunzel einen Sohn und dieser Sohn Talent und dies Talent Anträge kunstfreudlicher Fürsten besitze.

Auch jene Pariser Bilder, die noch wenige Menschen in der Stadt gesehen hatten, wurden der Neugier lobend empfohlen, dieselbe zugleich aber auf die nächste große Kunstaustellung vertröstet, denn früher würden jene Werke öffentlicher Besichtigung nicht unterbreitet werden.

Über all diesen Nachrichten war Hugo Knorr immer trübsinniger und einsilbiger geworden. Als er aber vollends eines Tags in der Zeitung, die sich seit grauemer Zeit erstaunlich viel mit dem populären Namen Bunzel beschäftigte, die Nachricht fand, daß der berühmte Mann mit seiner Frau und Tochter den Herbst in einem französischen Seehafen zubringen werde, wohin er gestern abgereist sei — da riß es den sonst so schlichten und gemessenen Mann doch von seinem gedeckten Tischchen empor und er brachte den letzten Bissen nicht mehr über die Lippen.

(Fortsetzung folgt.)

Mitglieder angehören oder wo solche nicht vorhanden, durch den Vorsitzenden des Schiedsgerichts. Die Beisitzer erhalten Tagegelder und event. Reisekosten. Im Uebrigen entsprechen die Bestimmungen dem Arbeiterschutzgesetz.

Wie die „Post“ erfährt, werden die Verhandlungen mit den Schweizer Delegirten wegen Erneuerung des deutsch-schweizerischen Handelsvertrags am 1. November beginnen.

Das Erscheinen zweier russischer Kanonenboote auf der Theebre von Varna wird von der russischen Presse damit motiviert, daß die in Varna ansässigen russischen Unterthanen sich „durch die erregten Leidenschaften der bulgarischen Bevölkerung“ bedroht fühlen und des Schutzes bedürfen. Der „Pfeifer“ bemerkt hierzu:

Es ist nicht nötig, besonders hervorzuheben, daß die in Varna ansässigen Russen für ihr heures Leben nicht das Geringste zu fürchten hatten, daß trotz der „erregten Leidenschaften“ in Bulgarien die Russen dorthin niemals bedroht wurden, daß vielmehr gerade sie die Urheber und Anstifter aller Freiheit und Tumulte waren; auch ohne all diese Erwägungen liegt die wahre Absicht der Entsendung der beiden russischen Kanonenboote nach dem größten und einzigen praktikablen bulgarischen Hafen für Federmann klar zu Tage. Nun, da die Gerüchte von den beiden Kanonenbooten sich als wahr erwiesen, gewinnen auch die übrigen Gerüchte über russische Vorberedungen eine erhöhte Bedeutung. Dabei nehmen aber auch die Versicherungen, daß Russland die Occupation Bulgariens perhorreire und eine unüberwindliche Abneigung vor einer jeden derartigen Maßregel habe, immer noch kein Ende. Wo ist die Wahrheit? Woran soll die öffentliche Meinung sich halten, an die friedlichen Versicherungen der inspirierten Presse oder an die thatsfächlichen Vorbereitungen, von welchen jeder Tag neue Zeugnisse bringt? Bis vor Kurzem hielt es, Russland werde nur dann zur Occupation sich gewingen sehen, wenn die Bulgaren es wagen sollten, den Fürsten Alexander neuerdings zu wählen. Diese Gefahr, wie die Russen es nannten, besteht nicht mehr. Die Bulgaren haben sich, wenn auch schweren Herzens, jeden Gedanken an die Wiederkehr des Fürsten Alexander aus dem Kopfe geschlagen und dieser selbst hat neuerdings seine Freunde in Bulgarien schriftlich ersucht, seinen Namen ganz aus den Spielen zu löszen, da er nicht möchte, daß derselbe dazu gebraucht werde, Uneinigkeit im Lande hervorzurufen und die Schwierigkeiten desselben noch zu vermehren. Um die Wiederwahl des Fürsten Alexander zu hindern, hätte es sonach Russland nicht nötig, zwei Kanonenboote nach Varna zu dirigiren. Auch zur Wiederherstellung seines legitimen Einflusses in Bulgarien bedürfe Russland keinerlei militärischer Vorbereitungen, denn der Geltendmachung seines legitimen Einflusses seien weber die Bulgaren noch die Mächte irgend einen Widerstand entgegen. Aber freilich, ob den Russen der „legitime Einfluss“ auch genügt, das ist die Frage. Man sagt, die Vereinbarung, daß Russland freie Hand in Bulgarien haben solle, unter der Bedingung, daß es das Land nicht occupire, sei es in die Lage eines Mannes, der einen Brand zu lösen hat, dem aber nicht gestattet wird, Wasser zu gebrauchen. Wir sehen die Dinge anders an. Wir glauben, daß das Feuer in Bulgarien ganz von selbst erloschen würde, wenn russischerseits der gelegte Brand nicht immer von neuem angezündet würde. Russland braucht in diesem Punkte nur einige Enthaltsamkeit zu üben und mit dem Brände in Bulgarien wird es bald ganz und gar zu Ende sein.

Deutschland.

Berlin, 28. October. [Aus der Stadtverordneten-Versammlung] ist heute über einen Vorgang zu berichten, welcher die Art und Weise, wie die sozialdemokratischen Stadtverordneten ihre Aufgabe als Vertreter der Arbeiter erfüllen, trefflich kennzeichnete. Für die Naturforscher-Versammlung hatte die Stadtverordneten-Versammlung bekanntlich die Summe von 60 000 Mark zu festlichen Veranstaltungen bewilligt, welche indessen, da die Zahl der Theilnehmer den Vorschlag weit überschritten hat, zur Deckung der Kosten nicht ausgereicht haben. Eine Vorlage des Magistrats, welche nun die Bewilligung der Mehrikosten im Betrage von 12 000 Mark beantragt, wurde von dem Stadtv. Görlitz in ganz unqualifizierbarer Weise bekämpft. Die Versammlung, so führte Herr Görlitz aus, habe kein Recht, über das Geld der Steuerzahler in dieser Weise zu verfügen; eine würdige Vertretung der Stadt Berlin sei auf dem Künstlerfest gar nicht gewesen; die Scenen, die sich dort abgespielt, bewiesen, daß viele Theilnehmer stark alkoholisiert gewesen seien. (Unruhe und Gelächter.) Wenn das dem armen Arbeiter auf der Straße zustiehe, dem die Schnapsflasche die letzte Rettung vor Verzweiflung sei, so entstehe gewöhnlich großes Hallo. In dieser Zeit wirtschaftlicher Galanität falle eine solche Ausgabe doppelt schwer ins Gewicht; man hätte lieber diese Summe zu Stipendien oder ähnlichen Institutionen verwenden sollen. Stadtv. Langerhans wies diese Angriffe in würdigster Weise zurück. Berlin, die Hauptstadt des Reiches, könnte hinter allen andern Städten, welche die Naturforscher-Versammlung beherbergt haben, an Gastfreundschaft unmöglich zurückstehen. Das Fest sei nach allgemeinem Urtheil ein vorzüglich gelungenes gewesen, und die Kostenüberschreitung erkläre sich

einfach aus der Überzahl der Theilnehmer. Stadtv. Spinnola trat dem Vorredner bei und wunderte sich über Herrn Görlitz's Philippica um so mehr, als derselbe doch selbst an dem Feste teilgenommen habe. Unter allgemeiner Heiterkeit erklärt Stadtv. Görlitz seine Anwesenheit beim Feste damit, daß er sich habe informieren wollen. „Ge-wiss“, rief er aus, „bin ich auf dem Feste gewesen, wie soll man Sie denn sonst in Ihrem intimsten Thun belauschen?“ (Rufe: Also Spionage!) Meine Theilnahme an dem Feste war nur ein Studium. (Gelächter.) Man muß dergleichen an der Quelle studiren! (Rufe: Ja, an der Weinquelle!) Von den Stadtverordneten Horwitz und Schwabe wurde dann die Erklärung abgegeben, daß sie jede weitere Widerlegung des Herrn Görlitz nach seinen letzten Neuerungen für überflüssig hielten, während Stadtv. Neumann der Commission für die ausgezeichnete Lösung ihrer Aufgabe besondere Dank aussprach. Herr Görlitz hätte seine Belohnungen anbringen sollen, als es sich um die erste Bewilligung handelte, aber nicht jetzt, wo er mitgeessen und getrunken. (Stürmische Heiterkeit.) Die Ausrede des Herrn Görlitz, daß ihm durch einen Schlusshandlung damals das Wort abgeschnitten sei, wurde von dem Vorsteher durch die Constatirung widerlegt, daß ein solcher Schlusshandlung überhaupt nicht eingebracht sei. Damit schloß die Debatte und die beantragten Mehrikosten wurden mit großer Majorität bewilligt. Weiter fanden keine Verhandlungen von allgemeinem Interesse statt.

[Justizrat John Simson,] der jüngste Bruder des Reichspräsidenten Dr. Simson, ist im Alter von 63 Jahren nach längerem Leiden verstorben. Derselbe wurde, nachdem er eine Zeit lang als Assessor im Justizministerium gearbeitet, wie die „National-Zeitung“ mitteilt, vor ungefähr 30 Jahren zum Rechtsanwalt hier selbst ernannt und war einer der beliebtesten Sachwalter Berlins. Zahlreiche Freunde betrauern den Tod des liebenswürdigen Mannes. Von Simson's Thätigkeit in den letzten Jahren ist besonders seine Vertheidigung des Professor Gräf bekannt.

Allgemeine Conferenz der internationalen Erdmessung. Was die Wahlen zu der ständigen Commission betrifft, so ist nach der „Voss. Ztg.“ zu bemerken, daß die Niederlande und Frankreich einstweilen eine Sonderstellung zu dem die Organisation der Erdmessung betreffenden Plane festhielten, insowein die Niederlande ihre Zustimmung von gewissen bis dahin nicht näher bezeichneten Bedingungen abhängig machen, Frankreich aber sich vorbehalten hat, zunächst den Bericht seiner Delegirten abzuwarten, ehe es der Uebereinkunft endgültig beitritt. Indes gab M. Fay im Namen der französischen Delegirten die Erklärung ab, daß es an Entgegenkommen seitens der französischen Regierung nicht berechtigt werde. Neben der Vorbehaltung Hollands äußerte sich der Vertreter dieses Landes in der heutigen Sitzung; dieselben betrafen neben einer redaktionellen Frage den Wohnsitz des ständigen Secretärs. Über den letzteren Punkt entpann sich eine Discussion, da der Vortrag der Uebereinkunft die Sache nicht berührt. Man schritt zur Wahl des ständigen Secretärs und Dr. Hirsch-Neuenburg (der bisherige Generalsecretär), welcher einstimmig gewählt wurde, äußerte bei Annahme der Wahl, daß die Communication zwischen ihm und dem Bureau schwerlich auf Schwierigkeiten stoßen werde, „da die Entfernung zwischen Berlin und der Schweiz kaum größer sei, als von einem Stadttheile Berlins bis zum andern.“

Es folgten die Wahl der nichtständigen neun Mitglieder der permanenten Commission. Dieselbe fiel auf die Herren Ferrero (Italien, mit 18 Stimmen), Ibanez (Spanien, 18 St.), van de Sande-Bakhuyzen (Holland 17 St.), Fay (Frankreich, 17 St.), Nagel (Sachsen, 17 St.), v. Oppolzer (Österreich, 17 St.), Baudouin (Dänemark, 17 St.), Stednitsky (Rückland, 16 St.) und Foerster (Preußen, mit 14 St.). Sämtliche Gewählten nahmen die Wahl an. Morgen, Freitag, wird sich die Commission formell konstituieren.

Als wichtigste Bestimmungen der Uebereinkunft, die zwischen den beteiligten Regierungen selbst festgesetzt worden und an welcher somit seitens der Conferenz nichts zu ändern ist, seien folgende bezeichnet: Das Centralbureau der internationalen Erdmessung bleibt mit dem geodätischen Institut zu Berlin verbunden; der Director dieses Instituts ist zugleich Director des Centralbureaus und als solcher ständiges Mitglied der permanenten Commission. Ihm in Gemeinschaft mit dem ständigen Secretär liegt, unter Oberleitung des Präsidiums der Commission, die Führung der wissenschaftlichen und geistlichen Arbeiten der Commission ob. Außerdem beiden ständigen gehörten der Commission neun wechselnde Mitglieder an. Für die Dauer von 10 Jahren empfängt die Commission eine jährliche Dotiration bis zu 16 000 M., von welchen 5000 M. als Gehalt für den ständigen Secretär dienen. Die Vertheilung der Beiträge geschieht so, daß Staaten, von 5 Millionen Einwohnern 240 M., Staaten von 5–10 Millionen 400 M., Staaten von 10 bis 20 Millionen 800 M. und Staaten von mehr als 20 Millionen Bevölkerung 1800 M. jährlich zu zahlen haben. Beim Hinzutreten bisher nicht beteiligter Staaten, deren Beiträge vom Anfang des Beitrittsjahres ab zu zahlen sind, tritt eine neue Vertheilung des unverändert bleibenden Dotationsbetrages unter den sämtlichen beteiligten Staaten ein. Statt jährlichen Beitrags kann ein einmaliger Beitrag in Höhe des auf ca. 10 Jahre mit 4 p.c. kapitalistischen Betrages geleistet werden. Die Abstimmungen in der allgemeinen Conferenz bei der Wahl der Mitglieder der permanenten Commission, bei Ernennung des ständigen Secretärs,

Kleine Chronik.

Breslau, 29. October.

Der Historienmaler Andreas Gross in Wien hat von der Königin von England den Auftrag erhalten, ein lebensgroßes Portrait des früheren Fürsten von Bulgarien, Alexander von Battenberg, zu malen, und wird sich zu diesem Zwecke demnächst nach Darmstadt begeben.

Die Belohnung von 10 000 Mark, welche für die Auffindung der Leiche der Frau Gräfin Arnim-Muskau von deren Gemahl festgesetzt worden war, ist dem Bürgermeister von Weissenbach in Baden zur Verbelohnung an Alois Heizler und Leopold und Valentin Merkel überwiesen worden. Wie es heißt, sollen die drei genannten Personen über die Priorität bei der Auffindung der Leiche bzw. über die einem Jeden von ihnen zustehende Anteilsumme in Uneinigkeit sein, so daß schließlich wohl noch das Gericht zur Feststellung der betreffenden Ansprüche angerufen werden dürfte.

Die Baronin Forget, Tochter des Grafen Lavalette und der Emilie Beaumain, der Mätte der Kaiserin Josephine, ist in Paris im Alter von 83 Jahren gestorben. Die alte Dame hatte in ihrer Kindheit ein bedeutungsvolles Erlebnis, das Horace Vernet auf einemilde „Die Flucht aus der Conciergerie“ verewigzt hat. Ihr Vater, der Graf Lavalette, hatte sich, als die Nachricht von Napoleons Flucht von Elba nach Paris kam, sofort des Hauptgebäudes bemächtigt und wurde deshalb am 20. November 1815 zum Tode verurtheilt. Seine Gattin und die damals 12jährige Tochter besuchten ihn in Begleitung einer Kammerfrau ihrer Conciergerie und aßen mit ihm zu Mittag. Am Abende geleitete die Kammerfrau eine anscheinend weinende Dame, welche von den Wätern für die Gräfin gehalten wurde, aus dem Gefängnis. Als aber der Schließer in der Zelle diese in den Kleibern ihres Gatten vorfand, machte er Lärm. Indessen war der Graf bereits gerettet. Die Gräfin, die Kammerfrau und die 12jährige Tochter wurden vor Gericht gestellt, aber freigesprochen. Ludwig XVIII. sprach, als man ihm den Fall berichtete, das edle Wort: „Die Gräfin Lavalette hat ihre Pflicht getan!“ Die Baronin Forget lebte stets sehr zurückgezogen. In ihrem Salon prangte das erwähnte Bild Horace Vernet's neben kostbaren Erinnerungen an Napoleon I. Den Hof Napoleons III. hat sie in auffälliger Weise gemieden, obwohl dieser mehrfach eine Annäherung seiner Verwandten einzuleiten versuchte.

Eine Theaterpanik. Man telegraphirt der „W. A. Z.“ aus Genua: „Im Politeama Margherita entstand während der gestrigen Vorstellung des Lustspiels „Krieg im Frieden“ eine furchtbare Panik. Die Schauspieler Leibig und Falzoni waren in Streit geraten, der hinter der Scene in Thäuschungen ausartete. Das Publikum hörte plötzlich einen dumpfen Fall, alle Schauspieler verließen die Bühne und die Gasbeleuchtung erlosch. Die Zuschauer erhoben sich in wildem Schreie, man glaubte, daß Feuer ausgebrochen sei. Alles eilte an die Ausgänge,

sowie bei allen geschäftlichen Entscheidungen geschehen nach Staaten, bei wissenschaftlichen Fragen nach einfacher Mehrheit der anwesenden Delegirten, in gemischten Fällen nach Staaten, sobald dies von sämmtlichen Delegirten eines Staates verlangt wird. In Fällen von Stimmen-Gleichheit entscheidet bei Abstimmung nach Staaten die Stimme des Präsidenten der permanenten Commission, bei Abstimmung nach Abstimmung die Stimme des derweiligen Vorsitzenden der allgemeinen Conferenz.

Der Vorsitzende theilte mit, daß Ober-Goltz sich bereit erklärt habe, den Delegirten die Reproduktionseinrichtungen der königlichen Landesaufnahme zu zeigen; ebenso sind den Herren die Einrichtungen der Sternwarte, wo u. a. gegenwärtig ein neues 6½-zölliges Objectiv aus „optischem Glas“ aufgestellt ist, zugängig gemacht, ferner die Centralanstalt für Maße und Gewichte. Am Dienstag ist ein Ausflug nach Potsdam, wo u. a. das astrophysikalische Observatorium nebst der in der Nähe befindlichen Baustelle des geodätischen Instituts besichtigt werden soll, in Aussicht genommen.

Die Sitzung wurde um 12 Uhr geschlossen; die nächste allgemeine Sitzung findet Sonnabend Vormittags 10 Uhr statt. Heute um 1½ Uhr wurden die Mitglieder des Bureaus, der Director des ständigen Bureaus (Professor Helmert-Berlin) und der bisherige Vorsitzende der Commission (Ibanez-Madrid) vom Kaiser empfangen.

* Berlin, 28. October. [Berliner Neuigkeiten.] Seit langerer Zeit verschwanden wiederholt theils im Garnison-Lazareth Tempelhof, theils auf dem Transport dahn, von der Haupt-Post, auf unerklärliche Weise solche Werthbriefe an Bewohner des Lazareths, deren Wertinhalt nicht declarirt war. Die Lazarethbewohner, welche mit den ankommenen Postsendungen irgend wie zu thun hatten, wurden einer strengen Beobachtung unterworfen, das verschwinden und verauben von Briefen dauerte dessen ungeachtet fort. Vor einigen Tagen wurde nun ein Postassistent, als er nach Beendigung seines Dienstes das Dienstlocal verlassen wollte, zurückgerufen und in ein besonderes Zimmer geführt, in welchem sich mehrere höhere Postbeamte befanden, von denen er einem Verhör und endlich auch einer Durchsuchung unterzogen wurde, was seine sofortige Verhaftung zur Folge hatte. Man soll an dem Tage singierte Werthsendungen durch seine Hände habe gehen lassen, die in seinem Besitz gefunden worden sind.

Das 16. Tage alte Kind der von ihrem Cheminne erschlagenen Frau Finger, das befürchtet bei der entstiegenen That durch den eigenen Vater am Kopfe verletzt wurde, ist vorgerichtet behutsam ärztlicher Behandlung in die Charité gebracht worden. Im Waisenhaus nämlich, wohin man das Kind auf polizeiliche Anordnung geschafft hatte, erwies sich die Verletzung als eine so ernste, daß man sich zur Überführung des Kindes in das genannte Krankenhaus entschließen mußte. Das eine Auge soll derart gesquert sein, daß es sehr fraglich ist, ob die Sehkraft auf diesem Auge erhalten bleiben wird.

Provinzial-Beitung.

Breslau, 29. October.

* Sitzungen des Breslauer und des Berliner Bezirks-Eisenbahnrathes. Am 11. November finden in Breslau und am 16ten December c. in Berlin Ausschüsse der für diese Eisenbahn-Direktionsbezirke eingesezten Bezirksräthe statt, in welchen die Vorelagen für die nächsten Plenarsitzungen zur Vorberatung gelangen. Anträge zur Tagesordnung müssen durch die Mitglieder der erwähnten Kommissionen und zwar für Breslau bis zum 1. November, für Berlin bis zum 25. November c. eingereicht werden. Vertreter des höchsten Handelsstandes (gewählt auf Vorschlag der Handelskammer) sind für Breslau Herr D. Mugdan, für Berlin Herr Ad. Grunwald hier selbst. Hierfür Interessenten werden also gut thun, sich mit ihren etwaigen Anträgen, welche sie in den erwähnten Sitzungen zur Sprache gebracht zu sehen wünschen, an die genannten Herren rechtzeitig zu wenden.

* Eine Untherfeier wird auch in diesem Jahre wie in den früheren in der Bernhardsgemeinde stattfinden, und zwar Donnerstag, den 11ten November. Die Feier soll ganz denselben Verlauf nehmen, wie in den vergangenen Jahren. Beginn der Versammlung um 8 Uhr. Die Vorträge werden durch die Geistlichen der Bernhardkirche bei W. Scholz auf der Margarethenstraße gehalten werden. Zwischen den Vorträgen, bezw. Ansprachen finden Gefangenvorträge statt.

* Lehrlings-Verein. Sonntag, 31. October, Abends 7½ Uhr, soll für die Elisabeths-Parochie ein Lehrlings-Verein in der evangelischen Bürgerschule am Nicolaistädter Graben eröffnet werden.

* Hirschberg. [Partie im Riesengebirge.] In einer Sitzung der Section Görlitz des Riesengebirgsvereins gab, wie der „N. G. Anz.“ berichtet, Herr Rath Danniel einen interessanten Reisebericht über eine der wildesten Partien im ganzen Riesengebirge. Es ist dies die Tour von Spindelmühl durch den Weizwassergrub nach der Rennerbaude. Durch wilden Urwald im Flussbett des Weizwassers, oder bald derselben, bald einer anderen, müssen sich der Wanderer, gehindert durch den üppigen Blütenwuchs oder durch gestürzte Baumstämme, seinen Aufstieg bahnen. Hertlich sind die zahlreichen Wasserfälle, welche losend und donnernd herniederspringen. Die Gegend nimmt, je höher man steigt, einen immer wilderen Charakter an. Der steile und zackige Fächer des Ziegenrückens auf der einen Seite, auf der anderen der mit ungähnlichen Felstrümmern übersäte Südabhang der kleinen Sturmhaube, Teufelswie-

wo ein furchterliches Gebäude entstand, in dem einige ohnmächtige, Andere gequält und getreten wurden. Endlich verübigte der Regisseur das Publikum, während die Lampen rasch angesündet wurden. Zum Glück kamen im Ganzen nur geringe Verlebungen vor. Gegen den Arbeiter, der die Gasbeleuchtung abgesperrt hatte, um, da er Feuer vermutete, eine Explosion zu verhindern, wurde die Untersuchung eingeleitet.“

Die Pariser Wintermoden sollen nach der „W. Ztg.“ mehrere tiefgreifende Änderungen bringen. Die betreffenden Künstler haben es in ihren Versammlungen beschlossen. Haarkünstler, Kleidermacher und Puhmacherinnen haben im Frühjahr und Herbst ihre Versammlungen, um eine Verbesserung über die vorzunehmenden Neuerungen herbeizuführen. Die Haarkünstler haben beschlossen, daß von nun an die Haare in flachen Bögen und gerollten Locken über den Nacken hinabgleiten sollen. Auf dem Kopfe selbst legen sich die Haare flach an und lassen blos einige Löckchen seitwärts unter dem Hut hervorquellen. Die Hunde- oder Stirnlöckchen erhalten endlich den Abschluß. Die Aenderung des Haarauspuhzes bedingt natürlich auch die Aenderung der Hutform. Der herausfordernd hohe Zylinder kommt in die Rumpelkammer, wie jede gefallene Größe, oder geht zu den zurückgebliebenen Bölkern, welche mit dem Abzug der Moden zurückfinden. Der niedrige Filzhut, das Barett, kommt oben auf. Als Zierde behalten ausgestopfte Thiere den Vorzug, aber da Vogel im Winter nicht lustig zu flattern pflegen, kommt hauptsächlich die Käuze zu den längst entehrten Ehren. Das Schmettelfächchen wird daher diesen Winter keine Berechtigung haben und nicht blos zur Bildersprache gehören, denn natürlich werden junge und nette Käuzchen auf den Häuptern unserer Schönen ihr Heim aufschlagen. Endlich, und das ist die Hauptfache, soll mit der Beseitigung der Tournure Ernst gemacht werden. Auch das seitlich angebrachte, Bolapück oder Souslieutants genannte, Gebausche soll weichen.

Eine glückliche Erfindung bringt heutzutage Millionen ein. Das Gasglühdicht ist bekanntlich eine Erfindung des Professors Auer von Welsbach in Wien, welcher darauf ein Weltpatent besitzt. Das Geld zur Erwerbung dieser Patente mußte sich der Erfinder leihen. Jetzt ist er, dank seiner Erfindung, Millionär geworden. Für Deutschland hat das Patent der Ingenieur Pintsch in Berlin für eine halbe Million Mark erworben, nach anderen Ländern hat es der Erfinder sogar für 600 000 Mark verkauft.

Ein Schriftsteller-Honorar. Aus Newyork kommt die Nachricht, daß C. L. Webster u. Co., die Verleger von General Grant's Memoiren, am 11. October der Witwe Grant's die zweite Zahlung von 150 000 Dollars à conto ihres Anteils am Ertragnis des Werkes leisteten. Die Verleger sind der Ansicht, daß sie noch 150 000 Doll. werden zahlen können; das würde mit der ersten Zahlung von 200 000 Dollars zusammen 500 000 Dollars ausmachen.

Die vielgenannte Fürstin Pignatelli, welche gegenwärtig in Wien lebt, hatte sich derselbst mit dem Besitzer des Vergnügungs-Stabilments „Eldorado“ verlobt. Jetzt richtet die Fürstin folgendes Schreiben an die Presse: „Wien, 27. October 1886. Geehrter Herr Redakteur! Ich mache Ihnen bekannt, daß meine Verlobung mit Herrn Johann Bistrizky von Eldorado von Seite meiner ganz ernst genommen wurde und habe laut einem Schreiben die Erfahrung gemacht, daß die ganze Verlobung mit Herrn Bistrizky von Seite seiner scherhaft und nur auf Grund einer Reklame für sein Local war. Ich erlaube mir daher, Ihnen wissen zu lassen, daß die Verlobung mit Herrn Bistrizky einen andern Charakter angenommen hat. — Ich bin von meinem Gemal Protestantisch geheirathet und gesiebt, folglich war es mein ganzer Ernst, das mit Herrn Bistrizky anzugehen; — jedoch, daß die ganze Geschichte nur für Ihm ein Nutzen des Geschäfts, für mich aber leider Malheur ist, von einem Manne derartig zum Verteilen gehalten zu werden, und eine Ehe schweifweise nimmt, so bedauere ich sehr, Ihnen das bekannt zu geben, es dem Wiener Publikum, daß ich so sehr liebe, und das geliebte Wien als jetzt meine Heimat ansche, es der Öffentlichkeit zu übergeben. Achtungsvoll Prinzessin Pignatelli.“

An das Karlsruher Amtsgericht lief von einer Behörde in Paris in Beurkundungsangelegenheit ein Schreiben ein mit folgender Adresse: „L'officier de l'état civil de la commune d'Amtsgericht en Grand Duché de Baden (Allemagne).“

Ein Frühstück in den Eisten. Aus London wird der „Wiener Allg. Ztg.“ folgende Sport-Münchhausen berichtet:

genau, werden sichtbar. Der Eindruck, welchen die großartigen Scenerien auf das Gemüth des Wanderers ausüben, ist ein mächtiger. Allmälig hört der Baumwuchs auf, nur wenige niedrige Alpenpflanzen zeigen sich, und nach etwa einer Stunde rüstigen Steigens thut sich die gaftliche Rennerbau auf, Stärkung und Erholung spendend nach fünfstündigem, anstrengten Emporsteigen.

* Hainau, 27. October. [Stadtverordneten-Versammlung.] Nach Gröfzung der geistigen Versammlung durch den Vorsteher Herrn Barthold kam ein Schreiber des zum Diaconus gewählten, aber nicht bestätigten Herrn Archidiaconats-Verwalters Buchholz aus Eisfeld zur Verleistung, in welchem derselbe seinen Dank für die ihm gewährte Reise-Verfügung nach Breslau zu der vom Consistorium verlangten Unterredung aussprach. Herr Buchholz sagt, es sei für ihn ein wohltuendes Zeichen, daß trotz gegenwärtiger Behauptung des königlichen Consistorii Sympathien für ihn in Hainau vorhanden seien und er bedauert, daß das geistige Band, welches er mit der Stadt bei seinem Hiersein angeknüpft habe, nicht zu einer persönlichen Lebensgemeinschaft geführt habe. Für alle Zukunft aber wünsche er der Stadt ein fröhliches Gedeihen und eine gesunde Weiterentwicklung auf dem Wege, den sie unter der Verwaltung gesinnungstüchtiger und unparteiischer Männer bisher geführt worden sei.

* Lublinitz, 29. October. [Kirchenbuchführung.] Mit der Führung der Kirchenbücher in der erledigten katholischen Pfarrrei zu Schierowau, hingegen Kreises, ist der Pfarrer Eichon hierfür beauftragt worden, an welchen daher fortan Anträge auf Auszüge aus den Kirchenbüchern zu richten sind.

- Königshütte, 28. October. [Neue Waisenanstalt.] Die Minister des Innern und der geistlichen Angelegenheiten &c. haben auf Grund des Artikels 13 des Gesetzes vom 21. Mai d. J. der Genossenschaft der Borromäerinnen aus dem Mutterhaus zu Trebnitz, von denen sich in Königshütte bereits eine Ordensniederlassung zur Krankenpflege, befehrend aus einer Oberin und 5 Schwestern, befindet, gestattet, die Pflege und Leitung in der dagegen zu Anfang d. Mis. neu errichteten Waisenanstalt als Niedertätigkeit zu übernehmen. Die Anstalt, welche ihre Entstehung hauptsächlich der Fundation des Pfarrers Lukaszczyk verdankt, ist für 15 bis 20 Kinder eingerichtet und es wird, da zu deren Versorgung 2 Ordensschwestern erforderlich werden, die gedachte Niederlassung um 2 neue Mitglieder zu vermehren sein.

Geschgebung, Verwaltung und Rechtspflege.

* Görlitz, 28. October. [Der Unterschlagungs-Prozeß gegen den Magistratsdiätar Sesse] wurde heute beendet. Vor dem Schwurgericht erschienen etwa 50 Zeugen, größtentheils Almosempfängerinnen, auf deren Kosten sich der Angeklagte Jahre hindurch ein Wohlleben gestattet hat. Der „R. Görl. Anz.“ berichtet hierüber: Sesse, 54 Jahre alt, aus Bielenzig, Reg.-Bez. Frankfurt a. O., gebürtig, 1856 in Schwerin wegen Unterschlagung mit 14 Tagen Gefängnis vorbestraft, ist gelernter Kaufmann; seit 1870 befand er sich in Diensten der hiesigen Armenverwaltung. Schon aus dem Verhör des Angeklagten, welcher als Kassenbeamter weder einen Heller Caution gestellt hat, noch verpflichtet und vereidigt ist, daher als Beamter überhaupt kaum betrachtet werden kann, konnte man entnehmen, daß die Armenverwaltung der Stadt Görlitz leider zu den musterhaften nicht zu rechnen ist. Sonst wären eben Dinge, wie sie hier vor Gericht entschleiert wurden, unmöglich gewesen. Herr Oberbürgermeister Reichert, welcher zur Feststellung der Frage, ob es sich im vorliegenden Falle um einen Beamten handele, nachträglich geladen wurde, befandte allerdings, daß Magistratsdiätaire, welche in der Regel auf vierzehntägige Kündigung stehen, nicht verpflichtet werden und daß dies stets so gewesen. Wie aus der Verhandlung sonst zu entnehmen war, ist die Kontrolle im Armen-Verwaltungssense, soweit von einer Kontrolle hier überhaupt gesprochen werden kann, ja befreit gewesen, daß sie es in das Verleben Sesses stellte, in einem Verwaltungswege, welcher der Stadt jährlich 100 000 Mark und darüber kostet, zu wirtschaften, wie er wollte. Ohne jegliche Kontrolle stellte Sesse sowohl die Listen der laufenden Armen-Unterstützungen wie der Extra-Unterstützungen auf. Um die Masse der Unterschlagungen, die dem Angeklagten neben Fälschung der Journale zur Last gelegt werden, von denen er jedoch nicht eine einzige zugestellt, zu ermöglichen, bediente er sich durchweg der Listen für solche Extra-Unterstützungen. Sodann wurden die Formulierung der an die Geschworenen zu stellenden Schuldfragen festgestellt. Dieselbe wähnte drei volle Stunden; denn da sich an jedem der 27 Unterschlagungsfälle vier Fragen knüpften, so belief sich die Anzahl der letzteren auf 108. Der Erste Staatsanwalt, Herr Grob, führte in seinem Plaidoyer aus, daß es zunächst darauf ankomme, ob Sesse die Unterschlagungen in Beamten-Eigenchaft begangen. Er halte dafür, daß der Angeklagte als Beamter anzusehen sei; denn nach dem § 359 Str.-G.-V. sind unter Beamten im Sinne des Strafgesetzes zu verstehen alle im Dienste des Reichs oder unmittelbarem oder mittelbarem Dienste eines Bundesstaats auf Lebenszeit, auf Zeit oder nur vorläufig angestellten Personen.

2 Breslau, 29. Octbr. [Von der Börse.] Der Grundton der heutigen Börse war fest. Nur Laurahütte lag, dem gestrigen Rückgang in Berlin folgend, schwach. Später, als Privatdepeschen aus Berlin Gerüchte meldeten, nach welchen in der heutigen Generalversammlung günstigere Aufschlüsse, als man erwartet hatte, gegeben werden sollten, konnte sich die Tendenz für das leitende Montanpapier vorübergehend etwas bessern, um aber schliesslich wieder zu ermatten. - Alles Uebrige blieb gut behauptet.

Per ult. November (Course von 11 bis 13/4 Uhr): Ungar. Goldrente 84-1/8-84 bez. u. Gd., Ungar. Papierrente 75 1/8 bez., Russ. 1880er Anleihe 85 1/8 bez., Russ. 1884er Anleihe 97 3/4 bez., Oesterr. Credit-Aktion 457 bez., Vereinigte Königs- u. Laurahütte 69 1/4-68 7/8-69 1/8 bis 68 7/8 bez., Russ. Noten 194 1/4 bez., Türken 14 1/8 bez., Egypter 76 5/8 bez., Russ. Orient-Anleihe II 59 bez.

Auswärtige Anfangs-Course.

(Aus Wolff's Telegraph. Bureau.)

Berlin, 29. Octbr., 11 Uhr 50 Min. Credit-Aktion 457, 50. Disconto-Commandit —. Fest.

Berlin, 29. Octbr., 12 Uhr 35 Min. Credit-Aktion 457, —. Staatsbahn 336, 50. Lombarden 171, 50. Laurahütte 68, 90. 1880er Russen 85, 20. Russ. Noten 193, 70. 4proc. Ungar. Goldrente 84, —. 1884er Russen 97, 80. Orient-Anleihe II. 58, 80. Mainzer 95, 60. Disconto-Commandit 210, 80. 4proc. Egypter 76, 60. Ziemlich fest. November-Course.

Wien, 29. Octbr., 10 Uhr 10 Min. Credit-Aktion 279, 90. Ungar. Credit-Aktion —, —. Staatsbahn —, —. Lombarden —, —. Galizier —, —. Oesterr. Papierrente —, —. Marknoten 61, 25. Oesterr. Goldrente —, —. 4% ungar. Goldrente 103, 55. Ungar. Papierrente —, —. Elbthalbahnhof —, —. Fest.

Wien, 29. Octbr., 11 Uhr 15 Min. Credit-Aktion 280, 10. Ungar. Credit-Aktion —, —. Staatsbahn 243, 10. Lombarden 105, —. Galizier 192, 50. Oesterr. Papierrente 83, 50. Marknoten 61, 25. Oesterr. Goldrente —, —. 4% ungar. Goldrente 103, 72. Ungar. Papierrente 92, 70. Elbthalbahnhof 170, —. Fest.

Frankfurt a. M., 29. October. Mittags. Credit-Aktion 227, 50. Staatsbahn 197, 75. Galizier —, —. Ung. Goldrente 84, 20. Egypter 76, 60. Fest.

Paris, 29. October. 3% Rente 82, 65. Neueste Anleihe 1872 110, 52. Italiener 101, 25. Staatsbahn 500, —. Lombarden —, —. Neueste Anleihe von 1886 82, 52. Egypter 389, —. Fest.

London, 29. October. Consols 101, —. 1873er Russen 97, 75. Egypter 76, 60. Wetter: Milde.

Wien, 29. October. [Schluss-Course.] Sehr fest. Cours vom 29. 28 Cours vom 29. 28

1860er Loose .. — — Ungar. Goldrente .. — —
1864er Losse .. — — 4% Ungar. Goldrente 103 75 103 42
Credit-Aktion .. 280 10 Oesterr. Papierrente .. — —
Ungar. do .. — — Silberrente .. 84 50 84 45
Anglo .. — — London .. 125 10 125 10
St.-Eis.-A.-Cert. 243 50 242 60 Oesterr. Goldrente .. — —
Lomb. Eisenb. 105 10 105 50 Ungar. Papierrente 92 80 12 60
Galizier .. 192 25 192 10 Elbthalbahnhof .. — —
Napoleonsdr. 9 89 9 89 Wiener Unionbank. .. — —
Marknoten .. 61 25 61 25 Wiener Bankverein. .. — —

ohne Unterschied, ob sie einen Dienstfeld geleistet haben, oder nicht. Der Magistrat habe die Stellung Sesse's als Kassen-Verwalter genehmigt; mit ihm habe Angeklagter durch diesen seit 1872 innegehabten selbstständigen Vertrauensposten auch amtliche Funktionen erlangt. Mit Ausnahme von zwei Fällen halte er den überzeugender Beweis von Sesse's Schul für erbracht; der gravirendste Beweis dafür besteht darin, daß der Angeklagte die Zahlungsanweisungen vernichtet habe, um die Unterschlagungen zu verdecken. Der Herr Vertheidiger habe zu allen Hauptfragen die Frage nach mildern Umständen gestellt. Die ganze Art und Weise, wie die Verwaltung gehandhabt worden sei, lasse die Sache allerdings im milderen Lichte erscheinen; denn wenn eine Prüfung der Anweisungen erfolgt wäre, so würde Sesse kaum in die Lage gekommen sein, sich auf der Anklagebank verantworten zu müssen. Immerhin aber seien der grobe Vertrauensbruch, der Umstand, daß der Angeklagte nicht in Noth gehandelt sei, auch erschwerende Momente. Er stelle den Geschworenen anheim, mildner Umstände anzunehmen.

Der Vertheidiger, Herr Rechtsanwalt Mittrup, meinte zunächst, daß man nach den Ansichten verschiedener Rechtslehrer im vorliegenden Falle von einem Beamten im Sinne des Gesetzes nicht sprechen könne. Der Magistrat habe das Verfahren des Angeklagten, wie es bisher bestanden, gefaßt und gebilligt. Darnach wäre dasselbe nicht dem Angeklagten, sondern der Verwaltung der Stadt zur Last zu legen. Früher wäre es, wie er gehört, noch schlimmer gewesen; da wären überhaupt keine Quittungen über die Almosenbeträge geschrieben worden. Sesse habe das Verfahren verbessert, zu seinem Unglück; wäre das nicht, so könnte er nicht wegen Fälschung auf die Anlagebank gebracht worden sein. Daß Sesse die Anweisungen läßt, habe man ja genehmigt. Man müsse äußerst vorsichtig sein mit der Beurtheilung der Beugenaussagen. Der Decernent, Stadtrath Müller, habe erzählt, daß alle möglichen Schwundeln beim Armenbüro vorgenommen seien; so seien einmal 6 Mark Unterstützung für einen Kindergarten begehr und gezahlt worden; hinterher habe man aber erfahren, daß sich das fragliche Kind wohl und munter befände. Der Herr Vertheidiger bestritt, daß die Quittungslisten in diesem Falle überhaupt zum Beweise von Rechtsverhältnissen gäben hätten, also Urkunden im Sinne des Gesetzes seien. Wolle man den Angeklagten schuldig sprechen, so lege man denselben zur Last, was Andere gesündigt. Angeklagter dürfe nicht zum Sündenbock gemacht werden. Wo jeder die Almosenbeträge für einen Anderen abholen und in den Listen quittieren könnte, sei ein Schuldbeweis nicht zu erbringen. Der Herr Vertheidiger empfahl nach einem langen, die entlastenden Momente voll erschöpften Plaidoyer den Geschworenen die Freisprechung des Angeklagten, worauf der Herr Staatsanwalt bemerkte, daß man aus den Mängeln der Verwaltung doch nicht die Straflosigkeit des Angeklagten herleiten könne. - Die Geschworenen sprachen den Angeklagten der Unterschlagung amtlicher Gelder in Beamten-Eigenchaft schuldig, indem er bezüglich deren die zur Controle der Ein- und Ausgaben bestimmten Beläge gefälscht habe, und zwar in 21 Fällen; billigten ihm aber in allen Fällen mildernde Umstände zu. In 6 Fällen erfolgte Freisprechung. Sesse wurde wegen Verbrechens im Amte zu 4 Jahren Gefängnis und 4 Jahren Chorverlust verurteilt. Die Anklagebehörde hatte das Doppelte der Strafe in Antrag gebracht.

A. Reichsgerichts-Utscheidung. Die heimliche, ohne Wissen des Vermieters vom Miethschuldnern geschehene Wegschaffung seiner Möbeln aus der Miethwohnung ist nach einem Urteil des Reichsgerichts, III. Straf., vom 5. Juli 1886 als strafbarer Eigentum zu bestrafen, auch wenn der Vermieteter vorher keine Erklärung, sich wegen seiner Miethforderung an den Izzaten halten und sie retinieren zu wollen, abgegeben hat; läßt aber der Vermieteter die Fortschaffung des Möbiliars wissenschaftlich gedecken, ohne Einspruch dagegen zu erheben, so enthält diese Fortschaffung keine strafbare Handlung. Dies gilt sowohl nach gemeinem, wie nach Preußischem und Hamburger Recht.

Telegramme.

(Aus Wolff's telegraphischem Bureau)

Tirnowa, 29. Octbr. Nach hier eingegangenen Meldungen mache der russische Consul in Varna dem dortigen Präfeten Mittheilung von den Beschwerden, zu denen die Untrübe der bulgarischen Verbünden gegen das russische Consulat, sowie das Verhalten eines Theiles der Bevölkerung Anteil gäben und drohte ernste Maßnahmen an, falls dem Unwesen nicht gesteuert wird.

Lissabon, 29. Octbr. Nachrichten aus Mozambique zufolge soll der König Gongunhamha von Zambeze sich mit 30 000 Mann eingeboren gegen die durch den Gouverneur von Mozambique ausgebüttete portugiesische Oberhoheit erhoben haben. Anscheinend steht die Erhebung im Zusammenhange mit einer Erhebung der Capocolonia. Die Corvette „Alfonso Albuquerque“ geht demnächst mit Verstärkungen nach Mozambique.

Cours- Blatt.

Breslau, 29. October 1886.

Berlin, 29. Octbr. [Amtliche Schluss-Course.] Günstig. Eisenbahn-Stamm-Aktionen. Cours vom 29. 28 Cours vom 29. 28.

Cours vom 29. 28 Posener Pfandbriefe 102 70 102 60 Mainz-Ludwigshaf. 96 — 95 70 do. do. 3 1/2% 99 50 99 50 Galiz. Carl-Ludw.-B. 79 — 78 50 Schles. Rentenbriefe 103 70 104 — Gotha. Prm.-Pfbr. S. I 107 40 107 20 Warschau-Wien .. 289 20 290 70 do. do. S. II 104 20 104 20 Eisenbahn-Prioritäts-Obligationen. Lübeck-Büchen .. 163 — 162 70 Breslau-Freib. 40% 101 90 101 90 Oberschl. 3 1/2% Lit.E — — 100 70

Ostpreuss. Südbahn 119 — 119 70 do. 40% — do. 4 1/2% 1879 106 70 106 20

Bank-Aktionen. R.-O.-U.-Bahn 40% II. — — Mähr.-Schl.-Ctr.-B. 58 90 59 —

Bresl. Discontobank 90 — 89 80 Italienische Rente. 100 20 100 10

Deutsche Bank .. 169 50 168 20 Oest. 4% Goldrente 98 50 98 40

Disc.-Command. ult. 211 70 211 20 do. 4 1/2% Papier. 67 50 67 30

Oest. Credit-Anstalt 460 — 457 — do. 4 1/2% Silberr. 69 — 68 70

Schles. Bankverein. 105 50 105 30 do. 1860er Loose 116 — 115 80

Pola. 5% Pfandbr. 60 90 60 80 do. Liqu. -Pfandbr. 56 20 56 —

Rum. 5% Staats-Obl. 94 90 95 — do. 6% do. 105 20 105 20

Oppeln. Portl.-Cent. 77 — 78 Russ. 1880er Anleihe 85 50 85 50

Bresl. Pferdebahn. 133 — 133 — do. 1884er Goldr. 98 20 98 20

Erdmannsdorf. Spinn. 68 20 68 20 do. Orient-Anl. II. 59 20 59 20

Kramata Leinen-Ind. 127 60 127 70 do. Bod.-Cr. Pfbr. 96 60 96 70

Schles. Feuerversich. — — do. 1883er Goldr. 111 90 111 70

Bismarckhütte .. 99 — 99 20 Turk. Consols conv. 14 20 14 10

Donnersmarckhütte .. 33 50 33 50 do. Tabaks-Action — —

Dortm. Union St.-Pr. 47 40 48 10 do. Loose .. 30 10 30 10

Laurahütte .. 69 10 69 90 Russ. 40% Goldrente 84 20 84 20

do. 4 1/2% Olig. 100 80 100 70 do. Papierrente .. 75 50 75 40

Görl. Eis.-Bd. (Lüders) 99 90 99 — Serbische Rente .. 78 70 78 20

Banknoten. Oest. Bankn. 100 Fl. 163 10 163 20 do. per ult. — —

Schl. Zinkh. St.-Act. 121 — 121 — do. 100 Fl. 2 M. 161 80 161 85

do. St.-Pr.-A. 125 — 125 — do. 100 Fl. 2 M. 161 80 161 85

Inowracl. Steinsalz. 31 — 31 70 Wechsel.

Inlandische Fonds. Amsterdam 8 T. — — 168 35

D. Reichs-Anl. 4% 106 — 105 90 London 1 Lstr. 8T. — — 20 38

Pruess. Pr.-Anl. de 55 149 — 149 50 do. 1 3 M. — — 20 25

Pr. 3 1/2% St.-Schldsch. 100 70 100 70 Paris 100 Frs. 8 T. — — 80 55

Pruess. 4% cons.

